

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Harmond-Spaltenszeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertionsstempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels.)

Laibacher Zeitung.

Pränumerations - Ankündigung.

Auf die „Laibacher Zeitung“ nebst „Blätter aus Krain“ als Gratisbeilage wird für das IV. Quartal l. J. ein Abonnement eröffnet.

Der Preis für die Zeit vom 1. Oktober bis Ende Dezember l. J. beträgt für ein Exemplar:

Mit Post, unter Kreuzband versandt	3 fl. 75 kr.
In Laibach, in's Haus zugestellt	3 „ — „
Im Comptoir unter Couvert	3 „ — „
Im Comptoir offen	2 „ 75 „

Laibach Ende Sept. 1861.

Jg. v. Kleinmayr & F. Hamberg.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 3. September d. J. die Auflösung der k. k. Urbairialgerichte in Siebenbürgen und die Uebertragung der Urbairial-Angelegenheiten in dem Großfürstenthume Siebenbürgen an die dießbezüglichen Gerichtsstellen mit der weiteren Bestimmung allergnädigst zu gestatten geruht, daß alle in dem Allerhöchsten Urbairialpatente für Siebenbürgen vom 21. Juni 1854 (R. G. B. Nr. 151) und in der Urbairialgerichts-Instruktion vom 27. Jänner 1858 (R. G. B. Nr. 16) berührten und den k. k. Urbairialgerichten zugewiesenen Urbairial-Angelegenheiten in erster Instanz an eine besondere Abtheilung der General-Ordien in den Komitaten und Distrikten, beziehungsweise der sogenannten Derel Sykkel in den Sykkel Stühlen zu übergeben haben; daß an die Stelle des k. k. siebenbürgischen Urbairial-Obergerichtes als zweite Instanz eine bei der k. siebenbürgischen Gerichtstafel zu bildende Urbairial-Abtheilung und endlich an die Stelle des bestandenen, bereits aufgelösten k. k. Obersten Urbairial-Gerichtshofes als dritte und letzte Instanz für das Großfürstenthum Siebenbürgen der Judizial-Senat des k. siebenbürgischen Landesguberniums zu treten habe.

Gleichzeitig geruhten Se. k. k. Apostolische Majestät die k. siebenbürgische Hofkanzlei allergnädigst zu ermächtigen, einvernehmlich mit dem k. siebenbürgischen Gubernium einen entsprechenden Termin festzusetzen, wann die Wirksamkeit der k. k. Urbairialgerichte aufzuheben und jene der an deren Stelle zu tretenden Gerichtsbehörden zu beginnen habe.

Endlich haben Se. Majestät aus Gnade allen jenen Beamten und Dienern, welche durch die Auflösung der Urbairialgerichte in den Stand der Verfügbareit kommen werden, ein Begünstigungsjahr im Sinne der Allerhöchsten Entschliessung vom 2. Mai d. J. und in Gemäßheit der damit genehmigten Bestimmungen zu bewilligen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Die Adressdebatte im Abgeordneten-Hause.

V.

Es wurde bereits neulich angedeutet, wie die Serie dieser Artikel, welche zur Zeit der Adress-Debatte im Abgeordneten-Hause begann, einwillen von

den Ereignissen äußerlich überholt und so die Aufschrift derselben gewissermaßen zum Anachronismus wurde. Es wurde dem aber zugleich als Rechtfertigung von deren Fortführung hinzugefügt, wie das Ziel derselben nicht nur die detaillierte Schilderung dieser wichtigen parlamentarischen Aktion im Besondern geblieben; sondern wie die Kennzeichnung der Parteien und die Skizzirung ihrer wichtigsten Führer im Allgemeinen der Zweck derselben geworden sei. In der Adress-Debatte haben nicht nur die Minister, sondern auch das Haus hat sein politisches Programm niedergelegt und es ist dieß Grund genug, die etwas veraltete Basis dieser Darstellung beizubehalten und dieß um so mehr als dieselbe keineswegs hindert, die Leser dieser Blätter auch über den gegenwärtigen Stand der Verhältnisse stets in Kenntniß zu erhalten, wie dieß auch bereits in den vorhergehenden Artikeln versucht worden ist, wo die Isolirung der Polen, die neue Kombination in der Rechten, die Allianz zwischen der Grafenbank und den Czachen mit Entschiedenheit markirt wurden, obwohl diese neuen Gruppierungen eigentlich erst in der Zeit nach der Adress-Debatte so recht zur Erscheinung kamen.

Diese Blätter sind nun an der Skizzirung der Rechten, ihrer Parteifraktionen und deren Führer angelangt. Wie es scheint, konnte dieß in keinem günstigeren Momente geschehen. Denn während das Ministerium sein in der Adress-Debatte niedergelegtes Programm ohne irgend einer Modifikation aufrecht erhielt, und dessen Durchführung nicht nur in der Angelegenheit des siebenbürgischen Landtags-Beschlusses allein, wie es scheint, zur Kabinetsfrage machte, während eine Alteration der von den Polen eingenommenen Stellung bisher nicht bemerkbar wurde und während die Koalition zwischen der Grafenbank und den Czachen vorläufig noch unangefochten besteht, tauchen immer mehr und mehr Anzeichen auf, welche eine neue Gruppierung der Rechten, eine Modifikation der Programme derselben für die nächste Zukunft in Aussicht stellen. Es hatte Anfangs den Anschein, daß die Art und Weise, in welcher die Ungarn gegenüber den partibus adnexis, die Polen gegenüber den Ruthenen, die Czachen gegenüber von Währen und Schlesien so wie von Deutschland, in der Schulfrage ihr Programm der Autonomie der Königreiche und ihr Prinzip der Gleichberechtigung der Nationalitäten in Szene setzten, ich sage, es hatte Anfangs den Anschein, daß diese Art und Weise auf die Konsolidirung der Zentralisten einen günstigen Einfluß ausüben, dieselbe mächtig befördern werde. Die jüngste Vergangenheit und die Gegenwart haben diesen Glauben nicht gerechtfertigt.

Erläuternd soll in dieser Behauptung keine Anspielung auf die bekannte Abstimmung über den 1. Artikel des Grundgesetzes bezüglich der Ausscheidung des Großgrundbesitzes enthalten sein. Es ist wahr, daß, wie ein hiesiges Blatt behauptete, in dieser Abstimmung nicht weniger als sieben Gruppen sich gebildet hatten. Nicht minder wahr ist, daß trotz alledem in der Regierungsvorlage nur eine Modifikation erfolgte, gegen welche zwar die Minister stimmten, welche aber eine wesentliche Alteration des Gesetzes nicht zur Folge hatte. Von solchen Zwischenfällen wird man aber stets absehen müssen, wenn von Parteien und Fraktionen in einem Hause die Rede ist, welches sich noch immer auf dem Boden einer noch nicht vollständig konsolidirten Verfassung bewegt. In einem solchen Falle werden derartige Abstimmungen über einzelne Gesetzartikel selbst, wenn dieselben den integrierenden Bestandtheil eines so wichtigen Ganzen, wie das Gemeindegesetz sind, stets als Nebensache, die Verfassungsfrage aber stets als Hauptmotor betrachtet werden. Eben diese Konsolidirung, eben diese Ausbildung der Verfassung aber wird das ganze Haus immer als eine Art von Kaleidoskop er-

scheinen lassen. Jeder in dieser Richtung gegebene Anstoß wird eine Umdrehung des Ganzen, eine kaum berechenbare neue Gruppierung der Elemente zur Folge haben. Bei dieser Gelegenheit wird man alle Mühe haben, die Angelpunkte dieser Umdrehungen nicht aus dem Auge zu verlieren.

Bei dieser Gelegenheit darf aber der Leser, welcher sich für das Große und Ganze interessiert und nicht nur den ephemeren Erscheinungen des Tages nachhagt, einige Rückgriffe in der Darstellung nicht scheuen, einige Reminiszenzen nicht für überflüssig halten. Ein solcher Rückgriff ist es, wenn hier auf die vor sechs Monaten aufgestellten Programme unseres Hauses und seiner Fraktionen zurückgegangen wird, wenn hier noch ein Mal gewisse Fokis wieder hingestellt werden, die sich aus der Darstellung der Vergangenheit bereits ergaben. Diese Rückgriffe, diese Reminiszenzen sind die Basis einer verständlichen Darstellung einer Motivirung der gegenwärtigen Situation. Es soll in dieser Darstellung hieron ein nur mäßiger Gebrauch gemacht, jeder Uebergriff vermieden werden, zu umgeben sind jedoch diese Faktoren nicht.

Die Angelpunkte unserer parlamentarischen Parteien sind: für die ganz isolirt stehenden Polen: Das historische Recht, wie sie es verstanden wissen wollen, und die Nationalität. Einen positiven verfassungsmäßigen Boden haben dieselben konsequent nicht angegeben und es bleibt noch immer nur angedeutet, was sie nach diesen Antezedenzen berechtigt und bewog, auf dem Reichsrathe zu erscheinen. Ihr Motiv scheint einzig und allein jene Opportunität zu sein, welche bereits in diesen Blättern willkürlich angedeutet und aus deren Stellung zur Majorität des Landes hergeleitet wurde.

Für die Grafenbank und die Czachen, für die Föderalisten überhaupt: die Rechts-Kontinuität, wie sie dieselbe aufgefaßt haben, und die Gleichberechtigung der Nationalitäten (wie sie „Nat. List.“ hergestellt wissen wollen. A. d. R.) Der verfassungsmäßige Boden ist ihnen das Oktober-Diplom. So weit die Rechte, welche in unserem Hause nach dessen exceptioneller parlamentarischer Stellung die Opposition bildet.

Was nun die Linke anbelangt, so zerfiel dieselbe gleich bei ihrem Zusammentritte in drei Fraktionen. Die großösterreichische Partei, die Unionisten, die Autonomisten. Die Großösterreicher schrieben ein einziges, freies und mächtiges Oesterreich mit der Verfassung vom 26. Februar 1861 als Grundlage des Staatslebens auf ihr Panier. Sie stellten die Einheit Oesterreichs in erste Linie, die Autonomie der Königreiche unter sie. Im Uebrigen ist der Ausbau der Verfassung im Sinne der konstitutionellen Staatsform ihr Ziel. Ihnen zunächst standen die Unionisten. Auch sie hielten an der Devise von der Verfassung des 26. Februar 1861, aber sie betonten nebenher nicht minder das Oktober-Diplom, als nicht die bloß zeitweilige Verfassung des Reiches, sondern die Grundlage, von deren Befestigung Oesterreichs Großmachtsstellung, und eben darum Oesterreich selbst abhängt. Sie bekennen sich offen als Bekämpfer des Föderalismus im Innern des Hauses, ohne sich zu Gegnern der Autonomie zu erklären, obwohl sie die möglichen Grenzen derselben durch die Verfassung für erschöpft erklären. Sie betonen weniger die Entwicklung der Verfassung, als ein Festhalten an derselben, ohne jedoch eine Fortbildung auszuschließen. An sie reihen sich die deutschen Autonomisten. Sie erkennen das Diplom vom 20. Oktober in erster Linie, die Landesordnungen vom 26. Februar in zweiter Linie als Grundgesetze an. In ihrem Programme betonen sie die gemeinsame Behandlung aller Gegenstände, welche in dem Art. II des Diploms und in dem Artikel 10 des Grundgesetzes über Reichsvertretung aufgeführt sind. Sie erklären sich aber zugleich bereit, jede Ingerenz des engeren Reichsrathes in die den Landtagen durch die

Artikel 16 bis 23 und 37, beziehungsweise 38 der Landesordnungen vorbehaltenen Kompetenz nicht anerkennen und zurückweisen zu wollen. Auch sie stellen die Fortentwicklung der konstitutionellen Institutionen als ihr Ziel hin, nur weisen sie hierbei jede Kompromittierende Hast und Ungebuld von sich und wollen diese Fortentwicklung mit steter Rücksicht auf die Wahrscheinlichkeit des Erfolges im gegenwärtigen Momente. Dieß die Grundzüge des Programmes der drei Fraktionen der Rechten. So wurden dieselben im Juni bekannt, so wurden dieselben bis zur Adress-Debatte aufrecht erhalten, so wurden sie noch während derselben laut und offen bekannt, so dienten sie als Leiter in der denkwürdigen Abstimmung. Die Anwendung derselben werden wir, was Ursprung, Motive und Konsequenzen anbelangt, aus der Debatte selbst kennen lernen.

Vor dem aber mag noch bemerkt werden, daß an den beiden sich einander näher stehenden Fraktionen, den Unionisten und Autonomisten, schon im Verlaufe der bisherigen Debatte eine Vereinigung sich vollzog. Wenigstens sprach man in letzter Zeit nur mehr von den Großösterreichern als Zentralisten quod memore und den Autonomisten gewissermaßen den Vermittlern zwischen Jenen und den Föderalisten. Zugleich muß noch hinzugefügt werden, daß ein wesentlicher Unterschied zwischen der Rechten und der Linken darin bestand, daß, während Jene sich groß in der Theorie von historischem Recht und Rechts-Kontinuität erwies, in Bezug auf Regierungs-Politik sich aber ganz unfruchtbar erwies, diese in der Annahme der positiven Gesetze vom Oktober und Februar der eigenen Partei und ihren Klienten eine feste Basis gab, deren Jene ganz entbehre. Dieß ein Hauptmotiv der großen Majorität, welche sich das System der Regierung in und außer dem Hause erfreute.

Gemäß der weiteren und letzten Tendenz dieser Darstellung, der Zeichnung der gegenwärtigen Situation, darf aber auch hier schon eines Umstandes Erwähnung geschehen, der den eben geschehenen Rückgriff auf die Programme des Juni d. J. rechtfertigen soll, wenn derselbe anders noch einer Rechtfertigung bedarf. Seit acht und zwanzig Stunden durchziehen vage Gerüchte von neuerlichen Gruppierungen der Rechten die Stadt, Gerüchte, welche theils in einer jüngst wieder beantragten Vertagung des Reichsrathes und einer freien Vereinbarung der Mitglieder des österreichischen Reichsrathes mit den Führern des aufgelösten ungarischen Landtages, sowie in einer neuerlichen Ministerkrise gipfeln. Natürlich sind die Föderalisten bereits mit ihrer neuen Ministerliste fertig und der Satz der „Don.“ Ztg.: „Rasch fertig mit dem Worte ist die Jugend und — das Mittelalter“, bewährt sich in den heutigen Nummern einiger Journale auf das Glänzendste. Nun, die nächste Zukunft mag uns lehren, in welcher Weise und bis zu welchem Grade eine neue Umdrehung unseres parlamentarischen Kaleidoskops, wie sie bei dieser Gelegenheit auch von andern als föderalistischen Organen in Aussicht gestellt wird, statthabe, wozu es aber unumgänglich notwendig ist, die ursprüngliche Stellung der Elemente zu fixiren. Was nun die Großöstreicher anbelangt, so haben dieselben in ihrem Programme die ungarische Frage, welche auch jetzt wieder der Motor der neuen Umdrehung sein soll, ganz und gar als eine offene gelassen. Sie erwähnen derselben mit keinem Worte. Wir werden ihre Aufschauungen erst aus den Reden eines Ritters v. Hasner, Mühlfeld, Kuranda und Oskra kennen lernen. Anders verhält es sich mit den Unionisten und Autonomisten. Vorahndend gewissermaßen haben sie dieselbe streng umschrieben.

Die Unionisten sagen: „Was aber die Länder der ungarischen Krone anlangt, so gibt es zwar keine Gewalt, die Vertreter derselben zur Theilnahme am Reichsrathe zu zwingen; andererseits aber auch kein Recht, wornach wir entweder den Fortbestand Oesterreichs oder den unserer Freiheit dem guten Willen der Völker jenseits der Leitha anheimzustellen verbunden wären. Vielmehr halten wir Sr. Majestät Regierung verpflichtet, nach endlicher Erschöpfung der die Beschickung des Reichsrathes bezweckenden Mittel die Vergeblichkeit dieses Bemühens zu konstatiren, den Reichsrath aber alsdann für berechtigt, die Befugnisse des Gesamt-Reichsrathes zu üben.“

Die Autonomisten erklären: „Insofern sich heute noch in Ungarn und seinen Nebenländern Hindernisse in den Weg stellen, und insofern die Bemühungen der Regierung dahin gehen, die gemeinsame Behandlung der Gesetzgebung in den berührten Momenten für den ganzen Umfang der Monarchie zu wahren, halten wir es für unsere Pflicht, dieselbe zu unterstützen. Der Weg der Verständigung ist es, welchen wir eingeschlagen zu sehen wünschen.“

Wir glauben aber auch, daß das Widerstreben einzelner Theile der Monarchie gegen die Staatsgrundgesetze und jene Rechte, welche wir durch dieselben erworben haben, weder zu schmälern noch zu entziehen vermag. In welcher Lösung auch die staatsrechtlichen Schwierigkeiten führen mögen, welche heute

noch die eine Hälfte der Monarchie von der andern trennen, diese Lösung darf, insofern sie eine Aenderung der Staatsgrundgesetze in sich schließen würde, nicht ohne Zustimmung des gegenwärtig tagenden Reichsrathes erfolgen.“

So weit die Programme. Ueber die Durchführung derselben in der Adress-Debatte, sowie über die Alteration der bisher von allen Seiten bekannt gegebenen Grundsätze, wie sie von unseren Journalen heute angedeutet werden, ein nächstes Mal.

Sitzung des Herrenhauses

am 23. September.

Die Sitzung wird durch den Präsidenten Fürst Karl Auerberg nach 11¼ Uhr eröffnet.

Auf der Ministerbank die Herren: Graf Rechberg, Freiherr v. Necjery und Sektionschef v. Ritz. In der Journalistenloge befand sich Herr Gannier-Pages.

Der Präsident verliest eine Interpellation des Baron Wastko-Serebky an das Staatsministerium bezüglich der politischen Verhältnisse in der Bukowina und ob das Staatsministerium bereits Verfügungen wegen definitiver Regelung der Landesregierung und Bestimmung der Stellung des Landeschefs getroffen habe.

Der Justizminister von Pratobevera wach dem h. Hause in einer Zuschrift an Sr. Durchlaucht den Präsidenten die schon auch dem Abgeordnetenhaus übersendete Mittheilung, wegen des ihm Allerhöchst bewilligten längeren Urlaubs.

Graf Haller zeigt dem h. Hause an, daß ihm von Sr. Majestät ein Urlaub bewilligt wurde.

Das Comité der hier tagenden Berg- und Hüttenmänner ladet die Mitglieder des hohen Hauses zu ihren Versammlungen ein. Ebenso erfolgt eine Einladung zu der am 29. d. M. stattfindenden Einweihung der neubauten Kirche in Mitternfeld.

Freiherr v. Lichtenfels verliest als Bericht-erstatte den Bericht der Kommission des h. Hauses für Justizgegenstände über den Entwurf eines Gesetzes hinsichtlich des Ausgleichsverfahrens bei Zahlungseinstellungen protokollierter Handels- und Gewerbsleute, und legt in einer längeren Rede die Gründe auseinander, welche die Kommission bestimmt haben, von den vom Abgeordnetenhaus angenommenen Abänderungen in der Regierungs-Vorlage wesentlich abzuweichen.

An der Generaldebatte theilnahmen sich nur Graf Leo Thun und Freiherr v. Lichtenfels. Ersterer stellt, indem er in der großen und wesentlichen Meinungsverschiedenheit des Beschlusses des Abgeordnetenhauses und des Antrages der Kommission des Herrenhauses bezüglich des §. 35 des Gesetzentwurfes auch die hohe Wichtigkeit dieses Paragraphen ausgedrückt findet, den Antrag, das h. Haus möge die Spezial-Debatte mit dem genannten Paragraphen beginnen. Baron Lichtenfels spricht dagegen.

Der Antrag Thun's wird mit Majorität und die §§. 35 und 36 gleichlautend wie im Abgeordnetenhaus angenommen.

Hierauf wird die Vorlage paragraphenweise bis zum 14. Art. abgestimmt.

Nächste Sitzung morgen.

Oesterreich.

Wien, 22. Sept. Die juristische Kommission des Herrenhauses hat ihren Bericht über das Ausgleichsverfahren beendet. Den im Abgeordnetenhaus an der Regierungsvorlage vorgenommenen Abänderungen ist die Herrenhaus-Kommission nur theilweise beigetreten und schlägt bei sieben Paragraphen (§§. 1, 9, 14, 17, 20, 35 und 36) des vom Abgeordnetenhaus votirten Gesetzentwurfes Abänderungen vor, die theils stylistische Verbesserungen betreffen, theils auf die Regierungsvorlage zurückgehen und endlich auch ganz neue Bestimmungen enthalten. Im §. 9 hatte das Abgeordnetenhaus die in der Regierungsvorlage enthaltene Bestimmung, daß die Gerichtsbehörde von dem Gange der Verhandlungen im Gläubigerausschuß Kenntniß nehmen könne, abgelehnt; genannte Kommission empfiehlt hingegen deren Annahme. Ebenso hat sich die Kommission in wesentlicher Uebereinstimmung mit der Regierungsvorlage für die Beibehaltung jener Bestimmungen (§. 14) ausgesprochen, der zufolge ein Personalarrest über den Schuldner während der Dauer des Ausgleichsverfahrens wohl nicht erwirkt oder ein bereits erwirkter in Vollzug gesetzt, jedoch ein bereits im Vollzuge befindlicher fortgesetzt werden kann. In den §§. 36 und 37, in denen sich der wesentlichste Unterschied zwischen der Regierungsvorlage und dem Entwurfe des Abgeordnetenhauses herausstellt, bekundet sich die Herrenhaus-Kommission zu den Ansichten der Regierungsvorlage. Die Kommission vermag sich, heißt es in dem Berichte, nur für den in der Regierungsvorlage angenommenen Grundsatz (daß der Wille der Mehrheit für alle Gläubiger verbindlich, daß daher Alle ohne Unterschied sich

den von derselben dem Schuldner etwa zugestandenen Nachlaß an seinen Schulden und die ihm gewährten Zahlungsfristen oder andere Begünstigungen gefallen zu lassen schuldig sein sollen) auszusprechen, und sie hält diesen Grundsatz so sehr für eine Lebensfrage des ganzen Verfahrens, daß sie es im Falle der Nichtannahme desselben mit Entschiedenheit vorziehen würde, den ganzen Gesetzentwurf abzulehnen und bei dem bisherigen, obgleich in mehreren Punkten mangelhaften Verfahren zu bleiben, weil nach ihrer Ueberzeugung das Gesetz durch die Beseitigung dieses Grundsatzes in seiner Wesenheit zerstört werden und völlig erfolglos sein würde.

Wien. Wie bekannt, hat der französische Marschall Niel ausführlich das norditalienische Kriegstheater studirt und darüber ein Mémoire ausgearbeitet. Marschall Magnan, der seinen Marschallstab sich in den Straßen von Paris erkocht, hat es neuerdings auf seinen eigenen Wunsch bereinigt. Im Auftrage des Kaisers ist es abermals vom General Forey beincht und ausführlich untersucht worden. Der Bericht dieses Offiziers soll für die österreichische Militärverwaltung sehr günstig ausgefallen sein, die Befestigung Venedigs wie sein Kommunikationssystem haben bei der französischen Autorität die vollste Anerkennung gefunden. (O. D. P.)

Ein Wiener Blatt hat kürzlich die Behauptung aufgestellt, der amtliche „Sürgöny“ beziehe aus der Staatskasse eine beträchtliche Subvention. Dieser Behauptung tritt heute „Sürgöny“ mit nachstehender Erklärung entgegen: „Der „Sürgöny“ bezieht weder eine beträchtliche, noch eine unbeträchtliche Subvention aus der Staatskasse, er hat es aber auch gar nicht nöthig, denn er ist im Stande, durch sich selbst zu existiren, und wirft seinem Verleger auch noch einigen wohlverdienten Nutzen ab. Daß der „Sürgöny“ als halbamtliches Blatt ungestempelt erscheinen darf, ist kein Geschenk, weil er dafür verpflichtet ist, viele amtliche Kundmachungen ganz unentgeltlich, oder aber zu sehr mäßigen Preisen aufzunehmen.“

Wien, 24. Sept. Die seit gestern umlaufenden Gerüchte über eine Ministerkrise werden von allen Seiten dementirt.

Zur preussischen Krönungsfeier in Königsberg wird sich im Namen des kaiserlich österreichischen Hofes, wie nun gemeldet wird, Erzherzog Leopold nach Königsberg begeben.

Aus Venedig, 20. September, schreibt man der „Trief. Ztg.“:

„Seit man einige Agenten auswärtiger Revolutions-Comités aufgefunden hat und sowohl hier als auch in Padua, Verona und Udine verlei Wähler festgesetzt wurden, und namentlich seit die Polizei den Petarden-Fabrikanten auf der Spur ist, haben alle Demonstrationen gänzlich aufgehört und Venedig erfreut sich nicht nur einer vollkommenen Ruhe, sondern ist auch belebter als sonst. Der Fremdenbesuch war und ist neuer ein günstiger, die meisten Hotels sind überfüllt und die Venezianer handeln nur im eigenen Interesse, wenn sie alles verbinden, was eine Beeinträchtigung desselben hervorrufen könnte.“

Der Bericht der „Trief. Ztg.“ wird auch von anderen Seiten bestätigt und bekräftigt, und gerade jetzt ist vom „Pays, Journal de l'Empire“ offenbar die Zeit unendlich schlecht gewählt, um über den Zustand Venedigs verlogene Mittheilungen aus Freischärler-Federn zu kolportiren.

Trief, 23. Sept. In Istrien haben die Grundbesitzer Gravisi und Mandussich ihr Mandat niedergelegt, im Ganzen also bisher acht Deputirte. Es bleiben nun noch zweiundzwanzig Abgeordnete übrig. (Pr.)

Kronstadt, 17. September. Die hiesige Zeitung veröffentlicht einen Brief, den der berühmte Geologe Baron Coita, der einige Zeit hier verweilt, an Herrn Johann Gött schrieb. Einige Stellen dieses Schreibens sind von allgemeinem Interesse und lauten: „Die innige Verbindung mit Deutschland, die auch den meisten anderen Nationalitäten nur zum Nutzen gereichen kann, ist nur durch Oesterreich möglich. Für den Fall, daß dieses seinen Einfluß oder seine Macht nicht aufrecht erhalten könnte, würde noch viel weniger irgend ein anderer deutscher Staat in der Lage sein, eine solche Verbindung herzustellen. Ich gebe zu, daß die jetzigen traurigen Wirren nicht unverschuldet sind; ich gebe zu, daß ein gewisses Mißtrauen in Oesterreich durch die Vergangenheit begründet sein mag; ich gebe zu, daß diese Oesterreicher sogar manches historische Recht auf ihrer Seite haben; aber ich gebe trotz alledem nicht zu, daß es politisch von ihnen sei, sich möglichst von Oesterreich zu trennen, am wenigsten jetzt, wo dieser Staat in eine neue Bahn des Fortschrittes eingetreten ist, deren Verlassen, wir in Deutschland wenigstens, für ein Ding der Unmöglichkeit halten, da er dadurch sich selbst aufgeben würde. Die Unmöglichkeit des Rückschrittes, die Unaufrichtigkeit des Fortschrittes ist aber dann um so sicherer, wenn alle Stämme in die versöhnende Hand einschlagen und, gemeinsam das Ziel verfolgend, die Regierung immer mehr zum

Guten vorwärts drängen. Ich frage Sie: glauben Sie, daß Oesterreich als europäische Macht noch bestehen könnte, wenn die Trennung und Selbstständigkeit seiner Theile eine so große würde, als man von gewisser Seite beabsichtigt? Glauben Sie, daß es diese Stellung ohne Kampf auf Leben und Tod aufgeben könne und werde? Glauben Sie, daß, im Falle das Kaiserreich unterginge, das vervollständigte Ungarn irgend eine Zukunft hätte? Ich meines Theils halte das Alles für Unmöglichkeiten und Viele mit mir sind derselben Meinung. Eine Verbindung des neuen Ungarns mit Deutschland wäre dann für lange Zeit geradezu unausführbar, eine unerwünschte Verbindung mit Rußland viel wahrscheinlicher. Es ist von Bewohnern dieses Landes eine Art flüchtiger Eignung, wenn Einige sagen: wir wollen lieber Begeben aus Petersburg als aus Wien folgen. Ein Eigensinn der Rache ohne Rücksicht auf das eigene Wohl. So lange ein Anschluß und äußerer Halt fehlt, würden innere Kämpfe ganz unvermeidlich sein in einem Lande, dessen Nationen so bunt gemischt sind. Welches sind also jetzt die Alternativen? — Nachgebende Versöhnung und damit verbunden höchst wahrscheinlich segensvolle Entwicklung für Alle oder Kampf und Schwächung, selbst politischer Untergang Aller. Welcher Verständige möchte da lange wählen, wenn er die Sachlage erkennt? Ein wichtiger Abschnitt steht in diesem Augenblicke vor der Thüre: die Wahlen und der Zusammentritt der Gewählten. Unter allen Umständen ist es da Aufgabe der Sachsen, eng zusammenzuhalten, denn sie haben gemeinsame Interessen, die übrigens nach meiner Ansicht für alle Nationalitäten gleiche sind, nur nicht von Allen erkannt werden. Da gilt es, die bloß individuellen Ansichten und die persönliche Vorliebe oder Abneigung dem Gemeinwohl unterzuordnen."

Agram, 22. September. An die Stelle des Herrn v. Jodroci, der sein Mandat als Vertreter am kroatisch-slavonischen Landtage niedergelegt, wurde im Kreuzer Bezirke der Herr Biscepan Ozeovic gewählt. Die Wähler äußerten gegen den neuen Vertreter den Wunsch, er möge dahin wirken, daß die Gendarmerie und Finanzwache, die weder dem Staate, noch dem Lande von Nutzen sind, indem die erstere gegenüber den Vortheilen, die sie gewährt, sehr kostspielig ist, und sehr selten einem Verbrechen auf die Spur kommt, und seit Einführung der Finanzwache dort keine Zurechnungen mehr gedeihen!!! (So heißt es in einem längeren Artikel des "Pozor".)

Deutschland.

In Baden sind Ruinen von der bis gegen Ende des sechzehnten Jahrhunderts im Elsaß am linken Rhein-Ufer gelegenen Stadt Rheinau aufgefunden worden. Letztere, von dem Rhein mehrmals zerstört, wurde zuletzt von ihm ganz verschlungen. Der Rhein hat inzwischen seinen Lauf so verändert, daß die gedachten Ruinen gegenwärtig am rechten Ufer des Stroms liegen. Wird vielleicht Louis Napoleon sein ehemaliges Territorium reklamiren?

Italienische Staaten.

Bologna. Der mythisch-republikanische Schwärmer Mazzini tritt in einem Schreiben an die Arbeiter von Bologna für die Fünfte auf, und behauptet: die volkswirtschaftlichen Verhältnisse der Völker seien nie besser gewesen, als vor fünfshundert Jahren, wo die Fünfte sich unter ihren Confolonieren vereinigten, um über städtische Angelegenheiten zu berathen. Hier predigt für die Fünfte ein Apostel, der nur das, was er unter Freiheit versteht, für die echte hält, und bereitet damit die erste und notwendige Freiheit des Menschen, sich auf jede seinen Fähigkeiten und seiner freien Wahl genehme Weise zu ernähren!

— Eine merkwürdige Heirat findet im kommenden Monat in Rom Statt. Die Fürstin v. Wittgenstein heiratet den Pianisten Pst. Für das Brautpaar werden auf der Piazza di Spagna prächtige Appartements hergerichtet.

Neapel, 17. Sept. Wie wenig es dem Statthalter General Cialdini bis jetzt gelungen ist, die Ruhe selbst in der nächsten Umgebung von Neapel herzustellen, erweist wohl am deutlichsten aus der Thatsache, daß die "Briganti" neuerdings ganz in der Nähe dieser Stadt den Ort Lettare bei Castellamare und einige kleinere besetzt haben. Daß unter solchen Umständen von einer Aufhebung der biesigen Statthaltschaft nicht die Rede sein kann, ist selbstverständlich.

Frankreich.

Paris, 19. Sept. Der König von Preußen wird, wie das halboffizielle "Pays" heute ankündigt, am 6. Oktober nach Compiègne kommen. Man arbeitet jetzt schon an einer Denkmünze, welche zum Andenken an die Zusammenkunft des Königs Wilhelm mit dem Kaiser Napoleon in der biesigen Münze geprägt werden soll. Wie es heißt, soll einige Zeit nach der Abreise des Königs von Preußen der König

der Niederlande nach Paris kommen. Der Kaiser hat nun seine Abreise von Biarritz wieder zurückverlegt; nach Einigen reist er den 25., nach Anderen den 30. d. M. erst von dort ab. — Der neue preussische Minister des Aeußern, Graf v. Bernstorff, der sich seit zwei Tagen in Paris befindet, hatte heute eine Konferenz bei Herrn Thovoncel.

Paris, 20. September. Auch Klapka hat das Kommando der amerik. Armee abgelehnt. Es heißt, daß die Allianz zwischen Serbien und Montenegro definitiv abgeschlossen worden.

Paris, 21. Septbr. "Pays" kündigt die Ankunft des Königs von Dänemark in Paris an. In Compiègne erwarte man ihn am 6. Oktober.

Großbritannien.

London, 19. Sept. Der "Great Eastern" ist, schreit es, der Pechvogel in der englischen Handelsmarine. Ueber sein letztes Mißgeschick sagt der "Cork Examiner": "Das Schiff begegnete am 12. Sept., ungefähr 280 Meilen westlich von Cape Clear, einem sehr heftigen Windstoß (gale), der seine beiden Schaufelräder vollständig hinwegriß. Die Spitze des Steuerroders, eine im Durchmesser 10 Zoll dicke Eisenstange, wurde weggerissen, und das Steuer dadurch unbrauchbar. Das Schiff lag wie ein Klotz in der See vom Donnerstag Abends bis 2 Uhr am nächsten Sonntag, während seine Brüstungen fast das Wasser berührten. Die Geräthschaften der Kabinen und Salons waren in Stücke zerbrochen, und das Gepäck der Reisenden größtentheils zerstört. Ein Stallschuppen, worin zwei Kühe standen, stürzte durch das zerbrochene Deck in die Damenkabinen hinab, und beide Kühe blieben todt. Man erwartete jeden Augenblick den Untergang des Schiffes, und Passagiere und Mannschaft verbrachten ihre meiste Zeit mit Gebet. 20 bis 30 Menschen, darunter mehrere Damen, haben Rippen- oder sonstige Gliederbrüche erlitten, oder wenigstens Schnitte und Branschen davongetragen. Endlich am Sonntag hatte man ein Nothfeuer zusammengefaßt, und mit Hilfe der Segel erreichte man, 9 Knoten in der Stunde zurücklegend, den Hafen von Cork, wo nun das unglückliche Schiff 1 englische Meile außerhalb des Leuchthurmes liegt."

Serbien.

Belgrad, 18. Septbr. Seit einigen Tagen weilen in unserer Nähe — in der türkischen Zitadelle — mehrere sonderbare Gäste. Es sind nämlich 30 jener Druzen-Häuptlinge hier internirt worden, welche durch die Blutgenen am Libanon und in Damascus verübt worden, eigentümlich den Tod hätten erleiden sollen, aber durch englische Intervention nur zu langjähriger Haft verurtheilt wurden, die sie jetzt in der Belgrader Zitadelle abzubüßen haben. Dieselben kamen von Konstantinopel per Dampfschiff an, waren ungefesselt, aber von einer zahlreichen Eskorte von Rizams und Zapties begleitet.

Türkei.

Nach den letzten Depeschen aus Ragusa hatte Omer Pascha noch nicht die Grenze von Montenegro überschritten; er suchte die Einschließung des Landes von der Ostseite und von der Seite Albanens zu vollenden; er operirte in der Herzegowina mit mobilen Kolonnen gegen die Insurgenten dieser Gegend.

Rußland.

Warschau, 19. September. Vor einigen Wochen ließ es, daß die Regierung mit der Absicht umgehe, sich ein Presseorgan zu schaffen, das nicht bloß die amtlichen Nachrichten und behördlichen Bekanntmachungen, wie das bisher ge. Amtsblatt des Königreichs mittheilt, sondern den Dienst einer offiziellen Zeitung im westeuropäischen Sinne des Wortes verrichtete. Diese Absicht wird jetzt verwirklicht, indem die "Gazeta Rzadowa" in ein "Dziennik Powsechny" (Allgemeine Zeitung) umgestaltet wird, die außer dem amtlichen einen politischen und einen wissenschaftlichen Theil enthalten und unter der direkten Leitung der Regierungs-Kommission des Kultus und der öffentlichen Aufklärung stehen wird. Die Idee und ihre Realisirung haben wir dem Grafen Wielopolski zu verdanken. — Als General-Direktor der Justiz hat Wielopolski unter dem 16. d. eine Verfügung an sämtliche Kriminalgerichte des Königreichs erlassen, worin denselben unter Zurückweisung auf ein Reskript vom 26. Juli ihre Verpflichtung zu unverzüglicher und rücksichtsloser Jurisdiktion, namentlich in sogenannten gemischten Prozessen, an denen die Militärbehörden Antheil haben, aufs Neue ernstlich eingeschärft wird. Der Statthalter hat seinerseits den Militärbehörden entsprechende Anweisungen ertheilt, so daß das Zusammenwirken der Behörden die Herstellung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit ermöglichen dürfte — wenn die Nation nicht noch immer so aufgeregte wäre, daß doch wieder Verhältnisse eintreten können, in denen sich alle Vor-

kehrungen der Behörden als unzureichend erweisen. — Am 1. Oktober werden die Sitzungen der allgemeinen Versammlung des Staatsrathes für das laufende Jahr beginnen. Die hauptsächlichsten Beratungsgegenstände werden, laut einer soeben veröffentlichten offiziellen Mittheilung, folgende sein: die Rechenschaftsberichte der obersten Behörden des Königreichs für 1860; Gesetzentwürfe: über die Organisation des öffentlichen Erziehungswesens; über die bürgerlichen Verhältnisse; über die bürgerlichen Rechte der Juden, und ein neues Verfassungsgesetz. — Am Montag beginnen die Wahlen zur Municipalität unserer Hauptstadt. — Bei den Wahlhandlungen werden den Vorstehern: der Stadtpresident Geheimrath Andraus und die Magistratsräthe Jeska, Mazurkiewicz und Elizewski. Als Regierungs-Kommissäre sind ernannt: Senatsmitglied Laski, Generalmajor Paulucci, Oberst Hauke, Senatsmitglied Korzybski und die Beamten für besondere Aufträge Pecherzewski und Graf Tysskiewicz.

Nachtrag.

Wien, 24. Septbr. Seit einigen Tagen ist von verschiedenen Seiten gemeldet worden, daß in den nächsten Tagen eine Konferenz zwischen Reichsrathsabgeordneten und hervorragenden Persönlichkeiten Ungarns stattfinden soll. Es werden nun hierauf bezüglich Details berichtet, welche die "N. N." mittheilen, ohne übrigens irgend eine Garantie für deren Authentizität übernehmen zu wollen. Den gemachten Mittheilungen zufolge begab sich Abgeordneter Dr. Wieser nach Pest, um die einleitenden Schritte zur beabsichtigten Konferenz zu machen. Ein in Wien eingetroffener Brief meldet nun, daß seine Bemühungen vom Erfolge gekrönt waren und daß die Konferenz am nächsten Donnerstag in Preßburg stattfinden soll. Von österreichischer Seite werden sich dahin begeben: die Abgeordneten Wieser, Rechbauer, Brinz und Hasner; von ungarischer Seite nennt man Deak, Csovos, Szalay und noch eine vierte Persönlichkeit, deren Name uns aber nicht angegeben wurde.

— Wie wir erfahren, entbehrt das Gerücht, daß Baron Päämann von seinem Posten als Polizeidirektor in Krakau abberufen worden sei, der Begründung, Freiherr v. Päämann hat vielmehr krankheitshalber die Amtseleitung der Polizeidirektion an seinen Stellvertreter abgegeben und über sein eigenes Ansuchen einen Urlaub zur Wiederherstellung seiner Gesundheit erhalten. (D. Z.)

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Agram, 23. Sept. In der gestrigen geheimen Landtags-Sitzung wurde der vom Comité ad hoc vorgelegte Adressentwurf verlesen und im Prinzip angenommen. In der heutigen geheimen Sitzung fand die Spezialdebatte Statt, wobei unbedeutende stilistische Modifikationen an dem Adressentwurf vorgenommen wurden. Morgen trittbällige Verhandlung in öffentlicher Sitzung.

Bruchsal, 23. Sept. Nachts. Eben wird der Wahrspruch der Geschworenen verkündet. Becker ist des vollendeten Mordversuches auf den König von Preußen schuldig erklärt. Die Unzurechnungsfähigkeit wurde verneint. Der Gerichtshof erkannte auf 20-jährige Zuchthausstrafe, wovon die ersten neun Jahre in sechsjährige Einzelhaft zu verwandeln seien, und auf Landesverweisung. Becker vernahm lächelnd das Urtheil. (Tr. Ztg.)

Bruchsal, 23. Sept. Becker hat seine frühere Aussage zurückgenommen und erklärt, er habe bloß ein Scheinattentat begehen wollen, um damit eine moralische Wirkung hervorzubringen, jedoch aus Versehen eine geladene Pistole genommen.

Mailand, 21. Septbr. Die "Perseveranza" meldet aus Turin vom 22ten: Das Gerücht von einem ersten Zerwürfniß zwischen Cialdini und der Zentralregierung ist grundlos, somit der vom "Pays" angeblich wahrheitsähnliche Rücktritt Cialdini's und dessen Erfolg im Militärwesen durch Fanti, in Zivilsachen durch Villamarina widerlegt. In einigen Tagen werden die neuen Dispositionen bezüglich der Reorganisation des Ministeriums des Innern und des Verwaltungskreises der Präfekte veröffentlicht.

Aus Neapel vom 21ten schreibt das genannte Blatt: Das Amtsblatt verkündigt, daß die bei Castoria gelandete Bande Malteser und Spanier in der Thucht begriffen ist.

Theater.

Heute, Mittwoch: geschlossen.
Morgen, Donnerstag: Ein Prater-Wurstl, Original-Posse mit Gesang in 5 Akten, von Anton Langer.

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Börsenbericht. Wien, (Mittags 1 Uhr.) (Nr. 314. Abbl.) Staats- und Spekulationspapiere unverändert, nur Konvertirte in österreichischer Währung mehr ausgetreten. Für Bank- 23. Sept. Aktien lebhafterer Verkehr bei höheren Kursen. Fremde Valuten um eine Kleinigkeit billiger. Großer Bedarf nach Gold für das Ausland, die Kurse jedoch, trotz ungewöhnlich harter Umsätze, nicht höher als vorgestern. Geld wieder etwas knapper.

Öffentliche Schuld.				Geld Markt.				Geld Markt.			
A. des Staates (für 100 fl.)											
In österr. Währung zu 5%.	61.60	61.75		Galiz. Karl-Ludw.-Bahn zu 200 fl.	150.—	150.50		St. Genois	zu 40 fl. G.M.	35.—	35.50
5% Anleihe von 1861 mit Rückz.	87.30	87.50		E. M. m. 140 fl. (70%) Einz.	431.—	432.—		Windischgrätz	" 20 "	22.50	23.—
National-Anleihen mit				Österr. Lloyd in Triest	210.—	212.—		Waldstein	" 20 "	22.75	23.—
Jänner-Goup. " 5 "	80.90	81.—		Wien. Dampf.-Mitt.-Ges.	370.—	375.—		Keglevich	" 10 "	14.50	15.—
National-Anleihen mit				Böhm. Westbahn zu 200 fl.	167.25	167.75		Wechsel.			
April-Goup. " 5 "	81.10	81.20		Pfandbriefe (für 100 fl.)				3 Monate			
Metalliques " 5 "	67.30	67.40		Nationalb. 6 Jähr. v. 3. 1857 z. 5%	102.50	103.—		Augsburg, für 100 fl. südd. W.	114.60	114.75	
detto mit Mai-Goup. " 5 "	67.50	68.—		bank auf 10 " detto " 5 "	96.—	96.50		Frankfurt a. M., detto	114.70	114.80	
ditto " 4 1/2 "	58.50	58.75		E. M. verlosbare " 5 "	90.—	90.50		Hamburg, für 100 Mark Banco	10.70	10.80	
mit Verlosung v. 3. 1853	114.25	114.50		Nationalb. (verlosbare " 5 "	85.75	86.25		London, für 10 Pf. Sterling	136.10	136.20	
" 1854 " 5 "	86.25	86.50		Loose (per Stück)				Paris, für 100 Francs	53.35	53.40	
" 1860 zu				Kred.-Anstalt für Handel u. Gew.	120.40	120.60		Cours der Geldsorten.			
500 fl. " 43.30	43.40			zu 100 fl. öst. W.	95.50	96.50		R. Münz-Dukaten 6 fl. 51 1/2 fr.	6 fl. 52	flr.	
Gemo-Rentensch. zu 42 L. austr.	16.50	17.—		Don.-Dampf.-G. z. 100 fl. G.M.	36.25	36.50		Kronen	18 " 72 "	18 " 76 "	
B. der Kronländer (für 100 fl.)				Stadigm. Dfen zu 40 fl. ö. W.	96.50	97.—		Napoleon'scher	10 " 87 "	10 " 89 "	
Grundentlastungs-Obligationen.				Esterhazy	36.50	37.—		Russ. Imperiale	11 " 20 "	11 " 22 "	
Nieder-Österreich " zu 5%	86.50	87.50		Salm	33.—	36.25		Vereinshalter	2 " 3 "	2 " 3 1/2 "	
Ob. Öst. und Galiz. " 5 "	87.—	87.50		Baiern zu 40 fl. G.M.	33.—	36.25		Silber-Ragio	35 " 25 "	35 " 50 "	
Aktien (pr. Stück).											
Nationalbank	760.—	761.—									
Kredit-Anst. f. Handel u. Gew. zu	182.80	182.90									
2. 0 fl. ö. W. (ohne Div.)	588.—	590.—									
M. & Gecem. Ges. z. 500 fl. ö. W.	279.50	280.—									
K. Ferd.-Nordb. z. 1000 fl. G.M.	2019.—	2020.—									
Staats-Ges.-Ges. zu 200 fl. G.M.	165.50	166.—									
oder 500 flr.	120.25	120.50									
Kais. Alf.-Bahn zu 200 fl. G.M.	120.25	120.50									
Süd-nordb. Verb.-W. 200											
Südl. Staatsb.-lomb.-ven. u. Gent.											
ital. Ges. 200 fl. ö. W. 500 flr.											
m. 140 d. (70%) Einzahlung	236.—	238.—									

Effekten- und Wechsel-Kurse
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.
Den 24. September 1861.

Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques 67.25	Silber . . . 135.—
5% Nat. Anl. 80.80	London . . . 135.70
Bankaktien . . . 757.—	R. f. Dukaten 6.49
Kreditaktien 182.80	

Fremden-Anzeige.
Den 23. September 1861.

Hr. v. Lachner, k. k. Oberfeldkriegs-Kommissär, von Prag. — Hr. Lipovsky, k. k. Finanz-Bezirks-Kommissär, von Capodistria. — Hr. Wenzel, k. k. Ingenieur, von Wolsberg. — Hr. Lenz, k. k. Lehrer, von Triest. — Die Herren: Hektor, Berg-Direktor, — Ulrich, Fabrikant, — Liska, — Wagner, — De Streicher, — Schüllmann, — Neumann, von Wien. — Hr. Casperini, Handelsmann, von Brz. — Hr. Glaser, Kaufmanns-Gattin, von Klagenfurt.

Schulenanfang.
Die öffentlichen Vorlesungen an der hiesigen theologischen Diözesanlehranstalt werden Montag den 7. Oktober 1861, und die Unterrichts-Ertheilungen an der Mädchenhauptschule in Laibach, Freitag den 4. Oktober 1861 beiderseits um 8 Uhr früh ihren Anfang nehmen.

Das Hochamt zur Anrufung des h. Geistes wird Dienstag den 1. Oktober 1861, und zwar um 10 Uhr Vormittags in der Dom- mit den übrigen Lehranstalten zugleich, als auch in der Klosterfrauenkirche stattfinden, während die üblichen Anmeldungen bei den betreffenden Direktionen auch schon drei Tage vorher zu geschehen haben.

F. b. Konsistorium Laibach den 16. September 1861.

Edikt.
Von dem k. k. Stadt. deleg. Bezirksgerichte zu Neustadt wird im Nachhange zu dem dießgerichtlichen Edikte vom 28. Mai l. J., Z. 3545, hienüt kund gemacht.

Da bei der in der Exekutionssache der k. k. Finanzprokurator, nom. des h. Arzars, gegen Michael Lomsche von Dolich, pelo Grundentlastungs-Rückstandes am 3. September l. J. vorgenommenen ersten exekutiven Teilbietung der 2 1/2 Hube Urb. Nr. 96, od Grundbuch Rupertshof in Dolich, kein Anbot gemacht wurde, so hat es bei der auf den 4. Oktober und 4. November l. J. angeordneten zweiten und dritten Teilbietung mit dem vorigen Anhange sein Verbleiben.

Neustadt am 4. September 1861.

Edikt.
Von dem k. k. Bezirksamte Treffen, als Gericht, wird bekannt gemacht:

Es sei in die freiwillige parzellenweise Veräußerung der im vormaligen Grundbuche der Herrschaft Neudegg sub Rektf. Nr. 3 und 2 1/2 vorkommenden, dem Herrn Franz Kav. Souvan gehörigen Realität zu Neudegg gewilligt, und hiezu die Tag-satzung auf den 30. September d. J.

um 9 Uhr Vormittags zu Neudegg bestimmt worden, wozu Kauflustige mit dem Anhange eingeladen werden, daß die sehr günstig lautenden Lizitationsbedingungen hieramts eingesehen werden können.

K. k. Bezirksamt Treffen, als Gericht, am 21. September 1861.

In Graz.
Ein Friseur- und Rasir-Geschäft in bestem Betrieb, sehr billig, unter guten Bedingungen, wegen Krankheit des Eigenthümers sogleich zu verkaufen oder zu verpachten. Jährliche Einnahme 1800 fl.

Auch werden daselbst zwei Gehilfen, die gut Rasiren und Frisiren können, aufgenommen.

Nähere Auskunft im Zeitungs-Comptoir.

Kundmachung.

Die für die k. k. österreichischen Staaten Allerhöchst konzeßionirte

Erste ungarische allgemeine Assekuranz-Gesellschaft
in Pest
mit einem Gewährleistungs-Fonde von

Gulden 6 1/2 Millionen österr. Währ.

bringt durch ihre gefertigte General-Agentur hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß sie „Herrn Josef Pirsch in Sachsenfeld bei Gili“ als ihren Kreis-Agenten für den slovenischen Theil der Steiermark und Oberkain bestellt, und dieser die besagte Repräsentanz übernommen habe.

Die erste ungarische allgemeine Assekuranz-Gesellschaft versichert:

- Gegen Feuerschaden beweglicher und unbeweglicher Objekte, als: Fabriken, Kirchen, Wohn- und Wirtschaftsgebäude, Maschinen, Möbel, Warenlager, Vorräthe an Feldfrüchten und Viehstand.
- Gegen Elementar-Unfälle, welchen reisende Güter zu Lande ausgesetzt sind.
- Auf das Leben des Menschen, Kapitalien und Renten in allen Kombinationen.

Um die wohlthätige Sicherstellung des Eigenthums Jedermann zugänglich zu machen und dem Publikum die Theilnahme an der Versicherung zu erleichtern, wurden im besagten Kreise in allen größeren Ortschaften Agenten bestellt.

Prämien werden billigst berechnet und vorkommende Schäden auf das Schnellste und Coulanteste beglichen.

Die Haupt-Agentie dieser Gesellschaft für Steiermark & Krain leiten die Herren **Kessler & Roxer** in Graz.

Die General-Repräsentanz in Wien.

D. Durst. **Friedrich Benesch.**

Empfehlung.

Der ergebenst Gefertigte gibt sich die Ehre anzuzeigen, daß er vom 1. Oktober l. J. an, die Restauration „zum Löwen“ (Wienerstraße) übernimmt.

Es wird sein eifrigstes Bestreben sein, durch vorzügliche Speisen und Getränke, prompte und billige Bedienung die Zufriedenheit seiner verehrlichen P. T. Gäste zu erringen.

Um gütigen Zuspruch bittet

Johann Karl Scheiner,
Restaurateur „zum Löwen.“

Ein Praktikant
wird in einer hiesigen Spezerei-Waren-Handlung aufgenommen, worüber das Zeitungs-Comptoir Auskunft ertheilt.

Ein Schüler aus der 3. oder 4. Normalschulklasse findet als **Lehrling** bei einem Bildhauer und Vergolder sogleich Aufnahme. Wo? sagt die Redaktion.